



„Autonomiepaket“ der Bundesregierung

Sehr geehrte Vertreter der Schulpartner!

Sehr geehrte Obleute der Elternvereine!

Salzburg, 4. Dezember 2016

Die Bundesregierung beschloss mit Ministerratsvortrag vom 18. Oktober 2016 die Umsetzung eines sogenannten „Autonomiepaketes“. Hinter diesem **Etikettenschwindel** verbergen sich das Ende unserer Schuldemokratie und der Elternmitbestimmung. Nach 59 Jahren Aufbauarbeit will man dieses Erfolgsmodell mit einem Federstrich beseitigen und, gegen die Interessen unserer Kinder, uns Eltern und der Lehrer, zerstören.

Mit der Umsetzung dieses Paketes werden die meisten Entscheidungsbefugnisse unserer Schulgemeinschaftsausschüsse gestrichen, mit dramatischen Auswirkungen auf den Unterricht: die Klassenschülerhöchstzahl wird steigen, Gruppen werden durch geänderte Teilungszahlen für den Unterricht in Sprachen, Werken oder Werkstätten / Küchen größer. Eltern wird Mitbestimmung genommen, unter anderem im Zusammenhang mit Schulveranstaltungen, Hausordnungen und schulautonomen Tagen. Gleichzeitig werden die Schulleiter direkt von Wien aus gegängelt. Eltern, den Schulpartnern, aber auch den Ländern wird jegliches Mitgestalten im Sinn unserer Kinder künftig untersagt.

Entgegen der Behauptung einzelner Regierungsmitglieder wurden **die österreichischen Schulpartner** (Schüler-, Lehrer- und Elternvertreter) **nicht eingebunden** und sind die geplanten Maßnahmen weder abgesprochen, noch vereinbart!

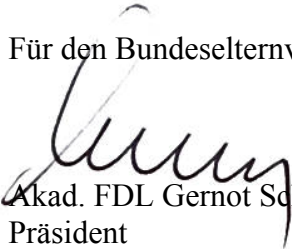
Der Bundeselternverband bemüht sich derzeit, gemeinsam mit den Landesverbänden und den Schulpartnern, das Thema öffentlich zu machen und die Regierung dazu zu bewegen, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen. Ungewiss ist, ob uns das gelingen wird.

Entscheidend ist, dass wir uns, als betroffene Lehrer, Schüler und Eltern, nicht gegeneinander ausspielen lassen und **gemeinsam versuchen**, dieses **undemokratische Paket zu verhindern!**

Falls jedoch diese Bemühungen scheitern, wird es notwendig werden, weitergehende Protestmaßnahmen vorzubereiten und umzusetzen. Ich darf Sie für diesen Fall bereits jetzt um Ihre tatkräftige Unterstützung und Mitwirkung ersuchen!

Wie schlimm die Situation wirklich ist, können Sie einer Bemerkung des **Kanzlers** entnehmen, der, wie berichtet wird, am 2. November 2016 in der ÖGB Bundesvorstandssitzung sagte, dass die „schulpolitischen Vorgaben des Bundes .. **ohne die störende Einmischung von ... Schulpartnern** (Eltern, Lehrer und Schüler) umgesetzt werden“ sollen!!!

Für den Bundeselternverband mit freundlichen Grüßen



Akad. FDL Gernot Schreyer
Präsident

gernot.schreyer@bundeselternverband.at